

07. September 2021

PRESSEMITTEILUNG

Karl Lauterbach im Gespräch mit Long COVID Deutschland

Initiative hat in Berlin rund 52.000 Unterschriften an SPD-Politiker übergeben

Berlin, 07.09.2021 – Long COVID Deutschland hat sich am Dienstag mit Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD) in Berlin für ein persönliches Gespräch getroffen. Vertreter:innen der Initiative übergaben bei dem Termin in Anwesenheit von Medienvertreter:innen eine Petition mit rund 52.000 Unterschriften. Eine Sprecherin von Long COVID Deutschland betonte: „Wir freuen uns sehr, dass Karl Lauterbach sich heute Zeit nimmt, um unsere Forderungen entgegen zu nehmen und mit uns über die katastrophale Lage der mindestens 400.000 Betroffenen zu sprechen. Wir hoffen, dass das Thema in den Fokus der Politik rückt, die bisher verfolgten Ansätze der Bundesregierung sind leider vollkommen unzureichend und das Thema wird weiterhin drastisch unterschätzt.“

Am 23. August fand unter der Leitung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) ein virtuelles Expert:innengespräch zum Thema Long COVID statt. Teilgenommen haben neben Bundesminister Jens Spahn auch Karl Lauterbach und eine Vertreterin von Long COVID Deutschland. Das BMG hat zuvor eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) Long COVID eingerichtet. Bei IMA-Sitzungen im Juli und August hat Long COVID Deutschland auf die unzureichende Informations- und Versorgungslage der Long COVID-Betroffenen hingewiesen. Die Initiative fordert vom BMG die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Aufklärung von Bevölkerung, Betroffenen und Mediziner:innen. Bisher liegen noch keine Ergebnisse der IMA Long COVID oder des Gesprächs mit Bundesminister Spahn vor.

Beim persönlichen Gespräch mit dem Gesundheitspolitiker der SPD ging die Initiative daher erneut auf die Forderungen an die Bundesregierung ein:

- Bundesweite Informationskampagnen für Bevölkerung, Betroffene und medizinisches Personal
- Einheitliche medizinische Versorgung nach medizinischen Leitlinien
- Zentrale Datenerhebung zu Long COVID
- Deutliche Aufstockung der Forschungsgelder und Förderung von Therapiestudien

In Deutschland wurden bisher ca. 70 spezialisierte Post-COVID-Ambulanzen für rund 400.000 Patient:innen eingerichtet. Eine gezielte Therapie für das Krankheitsbild Long COVID gibt es nicht. Viele Betroffenen leiden laut einer Studie der Universität Heidelberg bereits seit mehr als zwölf Monaten an der Erkrankung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Mai 2021 eine Förderrichtlinie in Höhe von insgesamt fünf Millionen Euro ausgeschrieben. Forscher:innen bemängeln weiterhin fehlende finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung für Vorhaben zur Therapieentwicklung.

Seit Mai 2020 kämpft Long COVID Deutschland, ein privater Zusammenschluss von Betroffenen aus dem ganzen Bundesgebiet, um mehr öffentliche Hilfe und Anerkennung dieser Krankheit. Die Initiative leistet Aufklärungsarbeit, sammelt auf der eigenen Website www.logcoviddeutschland.org Informationen und betreibt eine Online-Selbsthilfegruppe auf Facebook.

Rund 52.000 Menschen haben sich den Forderungen auf WeAct, der Petitionsplattform von Campact bereits angeschlossen. **Unterstützer*innen können die Kampagne weiterhin unterzeichnen auf: campact.org/Hilfe-bei-Long-Covid.**